

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 43 (1949)
Heft: 7-8

Rubrik: Schweizerische Rundschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 06.02.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Anprangerung des kommunistischen Absolutismus stehen bleiben, dürfen uns nicht mit der Verdammung des kommunistischen Atheismus und Antichristianismus zufrieden geben, sondern müssen, wie in der Auseinandersetzung mit der marxistischen Weltanschauung und Gesellschaftslehre überhaupt, neben dem großen Unrecht, in dem der Kommunismus befangen ist, auch sein großes Recht anerkennen, namentlich seinen leidenschaftlichen, hingebungsvollen, gläubigen Kampf für die soziale Revolution, einen Kampf, den vor allem die Christenheit zu führen berufen gewesen wäre, dessen sie sich aber schuldhaft geweigert hat, und den nun eben der Kommunismus aufgenommen hat und führt – auf *seine* Weise. Und das heißt, daß der Kommunismus mit allem, was er Verhängnisvolles und Widerchristliches in sich trägt, zuletzt nur überwunden werden kann, wenn ihm ein überlegener, lebendiger Glaube entgegentritt, der die Revolution *Christi* auf seine Fahnen schreibt – nicht aber ein Christentum, das, aus noch so wohlgemeinter Freiheitsliebe, tatsächlich in *einer* Front mit den schlimmsten Mammonsmächten und mit der ganzen bürgerlich-konservativen Welt von heute steht.

Das gilt gegenüber der römisch-katholischen Internationale; es gilt aber auch vom organisierten *Protestantismus*, dessen Weltkirchenrat, offenkundig durch den Kampf in der Tschechoslowakei inspiriert, vor kurzem einen flammenden Aufruf zum Widerstand gegen die totalitären Doktrinen erlassen hat, ohne daran zu denken, daß die Anklagen, mit denen er den Kommunismus zu treffen sucht – der Totalitarismus lehre, daß «zur Erreichung sozialer oder politischer Ziele alles gestattet ist», setze «politische Macht vor Gott», wolle die Kirche «für weltliche Zwecke ausbeuten» usw. –, ebensosehr, ja in erster Linie gegen den Kapitalismus und seine Machtpolitik, gegen alles Militärwesen und alles Kriegführen erhoben werden müssen, Erscheinungen also, die den Kommunismus erst eigentlich auf den Plan gerufen und dann freilich auf ihn selbst abgefärbt haben. Wenn der «geistige Kampf gegen den Kommunismus» auf *diesem* Boden weitergeführt wird, ist er von vornherein verloren und bleibt bloße Klopffechtere, die nicht weiter ernst genommen zu werden verdient. Unüberwindlich wird nur eine christliche Gemeinde sein, die auf Felsengrund erbaut ist und von hier aus für jene neue Erde streitet, darinnen Gerechtigkeit wohnen soll.

2. August.

Hugo Kramer.

Schweizerische Rundschau

Finanzreform ohne das Volk Die eidgenössischen Räte haben sich, wie zu erwarten war, in ihrer Sommertagung über die Neuordnung der Bundesfinanzen nicht einigen können. Auch die besondere «Einigungskonferenz», die nun in Tätigkeit treten muß, wird wohl zu nichts führen. So hat denn der Bundesrat jetzt den Kammern einen – im übrigen ungewöhnlich schludrig begründeten – Antrag unterbreitet, wonach das geltende Finanz-

notrecht, das mit Jahresende dahinfällt, durch einen *der Volksabstimmung entzogenen «Ermächtigungsbeschuß»* ersetzt und auf fünf Jahre verlängert werden soll. Das ist nun wirklich eine ganz böse Sache! Es bedeutet ja, daß in der Bundesfinanzpolitik der normale Gang der Gesetzgebungsmaschinerie durch die Sabotagearbeit bestimmter steuerscheuer Besitzbürgergruppen bis auf weiteres stillgelegt worden ist und der Bundesrat, statt an das Volk zu appellieren, diese Lage benützt, um sich in einen vorerst noch gar nicht eingetretenen «Staatsnotstand» zu flüchten. Er wird sich allerdings gesagt haben, daß eine Vorlage von der Art, wie er sie jetzt der Bundesversammlung zumutet, vom Volk schwerlich gutgeheißen würde, soll doch die Warenumsatzsteuer ein weiteres halbes Jahrzehnt lang erhoben werden, ebenso die Wehrsteuer in ihrer bisherigen, ungeredeten Form, das heißt ohne Erleichterungen für die kleinen, durch die Geldentwertung besonders benachteiligten Einkommen, während die bisher erhobenen Zuschläge auf große Einkommen (über 25 000 Franken) wegfallen sollen. Aber das ist kein Grund, das Volk zu umgehen; bringe man eine Vorlage, die wenigstens die größten Ungerechtigkeiten des geltenden Steuerrechtes beseitigt, und man wird sehen, daß das Volk nicht nein sagen wird! So, wie die Dinge jetzt stehen, haben die reaktionären Kräfte große Aussicht, bei der endgültigen Regelung ihre Finanzreform durchzusetzen und die verhaßte direkte Bundessteuer zu töten. Der Besiegte ist vorerst jedenfalls die Demokratie, die sich unfähig erwiesen hat, die in der Finanzfrage aufeinanderstoßenden Interessen- und Klassengegensätze auszugleichen, und nun aufs neue einem offen autoritären Regime Platz macht. Sollte dieser Sachverhalt nicht all diejenigen zum Aufmerken mahnen, welche die große der Demokratie drohende Gefahr im Kommunismus sehen?

Ein Denkwort Ein weiteres Memento für die heutige Demokratie ist der erste Gang für die Wahl eines zürcherischen Ständerats an Stelle des ausscheidenden, um die Landesversorgung so verdienten Dr. T. Wahlen. Wenn es einfach auf die früheren Parteistimmenzahlen angekommen wäre, so hätte der von den Sozialdemokraten warm unterstützte Kandidat der Bauernpartei, ein gewisser Rudolf Meier, auf den ersten Anhub durchdringen müssen. Statt dessen kam keine Wahl zustande, weil etwa 25 000 sonst sozialdemokratisch stimmende Wähler — fast die Hälfte des sozialdemokratischen Gesamtbestandes — die berühmte Parteidisziplin brachen und entweder leer einlegten oder gerade zu Gottlieb Duttweiler, dem Kandidaten des Landesrings, überliefen, der so mit weitem Vorsprung an die Spitze der drei Kandidaten (auch ein Freisinniger machte das Rennen mit) kam und alle Aussicht hat, im zweiten Gang endgültig gewählt zu werden. «Das Einstehen für Meier», so stellt das «Volksrecht» ganz richtig fest, «schien eben den städtischen Wählern wie eine Billigung der hohen Preise, der Protektionspolitik der Landwirtschaft, eine Abkehr von der Verteidigung der Interessen der Konsumenten, als eine Unterstützung der Trusts, der Obersten und ein Bekenntnis gegen eine Persönlichkeit für eine Mittelmäßigkeit», eine Auffassung, die «selbstverständlich» mit der wirklichen Haltung der Parteiinstanzen nicht das mindeste zu tun habe. Aber das sozialdemokratische Organ täuscht sich selber, wenn es meint, diese Haltung der Hälfte des eigenen Parteivolkes sei nur eine zwar bedauerliche, indessen doch durchaus vorübergehende Verirrung, die durch eine bessere (vielleicht auch gerissenere) Aufklärungsarbeit überwunden werden könne. Der wirkliche Grund dafür, daß die Arbeiterwähler so massenhaft kopfscheu geworden sind, ist ja doch vielmehr darin zu suchen, daß die Sozialdemokratie tatsächlich den Kampf gegen den Kapitalismus mit enttäuschend wenig Tatkraft und Grundsätzlichkeit führt, daß sie sich in der Praxis mehr und mehr auf die bloße Verteidigung der politischen Demokratie (die eben eine *bürgerliche* Demokratie ist) verlegt, daß sie zusammen mit der Mehrzahl der Gewerkschaftsverbände in ihrer Außenpolitik ausgesprochen westmächtig-amerikanisch orientiert ist und schließlich mit ihrer Leidenschaft für eine «rot-grüne Allianz» einem Trugbild nachjagt, das nur in die Irre führen kann und auch wirklich unter ihrer Anhängerschaft heillose Verwirrung angerichtet hat. Das war es, was Zehntausende von Arbeitern und Angestellten entweder zur Wahlabstinenz veranlaßte oder direkt in die Arme eines Duttweiler trieb,

der zwar gewiß eine höchst unerfreuliche Erscheinung unseres öffentlichen Lebens ist und mit seinen überreichen Geldmitteln wie mit seiner bedenkenlosen Demagogie eine eigentlich korrumpierende Wirkung auf das Volk ausübt, der aber mit seiner «Dynamik», seinem (scheinbaren) Kampf für die Verbilligung der Lebenshaltung und seinem autoritären Gebaren doch in den Augen allzuvieler der Mann ist, den man an den rechten Platz stellen müsse, wenn wirklich etwas geschehen solle. Es wird sich zeigen, ob die Bekenner der Demokratie den Denkkettel zu Herzen nehmen werden, den ihnen die Zürcher Wähler da ausgestellt haben!

Staatsschutz? Mit dem Bekenntnis zur Demokratie ist es freilich oft eine eigene Sache. Da hat vor etlichen Wochen der Bundesrat den eidgenössischen Räten den Entwurf zu jener Teilrevision des Schweizerischen Strafgesetzbuches unterbreitet, die vor allem den Schutz des Staates gegen kommunistische Umsturzversuche verstärken soll. Man hätte meinen sollen, die gesamte Linke würde diesem Gesetz, das unter dem Vorwand der Sicherung der Demokratie tatsächlich die Meinungs- und Oppositionsfreiheit aufs gefährlichste bedroht, sofort den gleichen entschlossenen Kampf ansagen, wie das gegenüber den beiden ersten, vom Volke wuchtig verworfenen Staatsschutzgesetzen der Fall war. Weit gefehlt! Man beobachtete gegenüber dem Entwurf entweder vor- und umsichtiges Schweigen, das freilich beredt genug war, oder begrüßte ihn sogar lebhaft und mit Freuden, wie das beispielsweise die «Berner Tagwacht» getan hat, die aus ihm einzig jenen Artikel heraushob, der, angeblich «im Dienste der Pressefreiheit», den Zwang zur Erbringung des vollen Wahrheitsbeweises bei der Anprangerung öffentlicher Mißstände aufhebt und solche Angriffe straffrei läßt, wenn sie in guten Treuen und auf Grund sorgfältiger Erkundigungen erfolgt sind. Das mag alles recht und gut sein. Aber sieht man denn nicht, daß die übrigen Bestimmungen der Gesetzesnovelle, sollten sie je in Kraft treten, der Pressefreiheit und dazu den staatsbürgerlichen und persönlichen Freiheitsrechten ganz allgemein ungleich schwereren Schaden anzutun geeignet sind, als der erwähnte Artikel jemals gutzumachen vermag? Es scheint wirklich so, daß man auch bei uns — in Nachahmung des schlechten amerikanischen Beispiels — für die Verletzung, ja Aufhebung von Freiheitsrechten merkwürdig unempfindlich wird, wenn man damit nur die Kommunisten — und Antimilitaristen! — treffen kann. Dann wird das sonst so laut geforderte «bedingungslose Bekenntnis zur Demokratie» plötzlich zu einer sehr bedingten Sache und die Demokratie nur noch gegenüber Menschen und Bewegungen anerkannt, die sich selbst «bedingungslos» auf ihren Boden — wenigstens auf denjenigen der politischen Demokratie — stellen. Glaubt man damit wirklich der Demokratie zu dienen? Weiß man nicht, daß auch die Kommunisten die (politische) Demokratie mit der Begründung abschaffen, daß sie nur den Gegnern der Demokratie, insbesondere der wirtschaftlichen und sozialen, dienen würde? Gilt die Demokratie wirklich nur, wenn sie nicht in Konflikt entweder mit der Erhaltung der herrschenden, bürgerlich-kapitalistischen oder aber mit der Schaffung einer neuen, kollektivistischen Ordnung gerät?*

So werden wir regiert! Durch die von den Westmächten herausgegebene Sammlung von Akten zur deutschen Außenpolitik sind kürzlich auch Äußerungen bekannt geworden, die Bundesrat Motta im März 1938, unmittelbar nach dem Einmarsch der Deutschen in Österreich, zu dem

* Soeben wird auch der Entwurf für eine Teilrevision des Militärstrafgesetzbuches bekannt, der zwar die Strafen und den Strafvollzug für *Dienstverweigerer* mildern will, aber die Einführung eines Zivildienstes neuerdings grundsätzlich ablehnt, unter anderem mit der Begründung, daß sonst der «ethische Gehalt der Wehrhaftigkeit» in Zweifel gezogen werden könnte. Der braucht aber wirklich nicht mehr erst in Zweifel gezogen zu werden; er hat nie existiert und wird nie existieren, trotz allen Bemühungen, dem patriotischen Massenmord ein ethisches oder gar religiöses Mäntelchen umzuhängen. Auf die Angelegenheit wird zurückzukommen sein.

damaligen deutschen Gesandten in Bern, Herrn Köcher, getan haben soll. Nach Köchers Bericht hat der langjährige schweizerische Außenminister, den der Vertreter des Dritten Reiches ebenso wie den seinerzeitigen schweizerischen Gesandten in Berlin, Minister Frölicher, in einer «beinahe freudigen Stimmung» antraf, «seine Bewunderung zum Ausdruck gebracht für die Art, in der der Führer den Anschluß durchgeführt hat... Er bezeichnete den Anschluß als das größte historische Ereignis seit dem Weltkrieg. Er vertrat die Auffassung, daß keine Gefahr eines Konfliktes bestehe, auch nicht zu irgendeinem späteren Zeitpunkt... Motta unterstrich ausdrücklich die Tatsache, daß er alles Mögliche tun werde, um die freundschaftlichen Beziehungen zu dem nun größeren Deutschen Reich zu pflegen, ohne dabei die Presseangelegenheiten außer acht zu lassen.»

Unsere Hofpresse hat sich natürlich beeilt, dem Berichte Köchers jeden dokumentarischen Wert abzusprechen. Und solange nicht auch in Bern die Aktenschränke geöffnet werden oder sich Minister Frölicher, der Zeuge jenes Gespräches, verbindlich dazu äußert, wird man immer bestreiten können, daß die Darstellung des deutschen Diplomaten, der uns übrigens früher stets als des höchsten Vertrauens würdig gerühmt wurde, auch nur dem Sinne nach getreu sei. Wer sich aber vergegenwärtigt, wie sich Bundesrat Motta jeweilen öffentlich ausgesprochen hat, und von welchem Geist seine ganze Außenpolitik seit dem Aufkommen des Faschismus und Nazismus geleitet war, der wird wenig Zweifel daran haben, daß die erwähnten Äußerungen wirklich gefallen sind. Minister Frölicher hat noch Ende November 1938, also nach der Annexion nicht nur Österreichs, sondern auch des Sudetenlandes, in einer Rede vor dem schweizerischen Unterstützungsverein in München versichert, die Schweiz habe «vom Deutschen Reiche nichts zu befürchten»; man erkenne eben außerhalb Deutschlands noch immer nicht genügend, daß der Nationalsozialismus in seiner Außenpolitik «nicht nach alten imperialistischen Rezepten» handle, sondern «den Grundsatz des Selbstbestimmungsrechtes auf sein Panier geschrieben» habe. Was steht der Annahme entgegen, daß dieser mit Blindheit geschlagene Mann ein halbes Jahr zuvor, als «erst» Österreich an der Reihe war, vollends überzeugt war, daß «keine Gefahr eines Konfliktes bestehe», und seinem Chef die gleiche Überzeugung beizubringen gewußt hat? Er brauchte dafür um so weniger Überredungsgabe, als Herr Motta ja schon immer von den friedfertigen und durchaus legitimen Absichten der faschistischen Mächte überzeugt war. Er hat aus dieser Grundauffassung heraus durchgesetzt, daß die Schweiz als einer der ersten Staaten die Annexion Abessinians durch Italien und die Vergewaltigung Spaniens durch Franco anerkannte; er hat in seiner Rede zu Lugano vom 2. Oktober 1938 «mit einer Freude, die keinen angemessenen Ausdruck findet», das Abkommen von München begrüßt, welches das Sudetenland Hitler als Beute hinwarf, ohne ein einziges Wort der Trauer über diese Verstümmelung, ja Opferung der Tschechoslowakei zu finden. Was hätte ihn da eigentlich hindern sollen, ähnliche Gefühle bei der Einverleibung Österreichs ins Dritte Reich zu hegen und zu wähen, daß dadurch nicht der Friede bedroht werde, sondern «im Gegenteil die Konfliktstoffe, die vorher wegen der österreichischen Frage bestanden, eliminiert worden seien»? Das war ja doch genau jene «Realpolitik», der Motta und mit ihm der ganze damalige Bundesrat huldigte, und die sich dann auch für die, welche all die entscheidenden Jahre hindurch die Wahrheit nicht sehen wollten, als verhängnisvollste Illusion enthüllt hat!

Wahrlich, sie haben uns damals wunderbar regiert! Regieren sie uns heute besser? Sind an die Stelle der imperialistischen Mittelmächte, mit denen «die freundlichsten Beziehungen zu pflegen» damals das A und O der schweizerischen Außenpolitik war, nicht einfach die Westmächte und *ihr*, wenn auch demokratisch getarnter Imperialismus getreten? Und wirken hinter dieser «neuen» schweizerischen Außenpolitik nicht wiederum die gleichen Triebkräfte, die auch damals maßgebend waren: die Besitzinteressen und gegenrevolutionären Instinkte einer durch und durch konservativ gewordenen bürgerlichen Welt?

3. August.

Hugo Kramer.